

Liebe Grüne Mitglieder,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Der Grüne Kreisverband Tübingen wächst und wächst: in Kürze werden wir unser 500. Mitglied aufnehmen können. Auch der Landesverband Baden-Württemberg hat bereits 11000 Mitglieder. Dieser Trend ist überall spürbar. Wir Grünen bekommen derzeit bundesweit viel Zuspruch für eine konsequente politische Ausrichtung und eine klare gesellschaftliche Verortung. Denn unsere Grünen Grundüberzeugungen für ein gelingendes gesellschaftliches Zusammenleben gelten für viele Mitglieder heute noch genauso wie bei der Gründung der Partei vor 40 Jahren.

„Jungfernfahrt ins „Grüne““ titelte das Tagblatt, als sich am 25. Juli 1979 der Kreisverband der Grünen in Tübingen mit rund 50 Mitgliedern zu seiner Gründungsversammlung traf. Ziel war es, bei den Kreistagswahlen im Oktober 1979 mit einer eigenen Liste anzutreten. Und auch die Geburtsstunde der Grünen Partei liegt im Ländle: Am 30. September 1979 gründeten mehrere Hundert Interessierte in Sindelfingen den ersten Landesverband. Im Januar 1980 folgt dann die offizielle Gründung der Bundespartei in Karlsruhe und im März bereits der erste Wahlerfolg: Die Grünen schafften mit 5,3 Prozent den Einzug in den Landtag von Baden-Württemberg.

Der Kreisvorstand hat bereits begonnen, sich näher mit der Geschichte des Kreisverbandes zu beschäftigen, um zum Beispiel im Rahmen einer Ausstellung im aktuellen Jubiläumsjahr mehr darüber berichten zu können. Interessierte sind herzlich eingeladen, im „AK Geschichte“ mitzuarbeiten - oder sich aktiv im Wahljahr 2019 für Grüne Ziele zu engagieren. Jede Stimme zählt!

Linda Hanselmann
Mitglied im Kreisvorstand

Neue Fragen - neues Programm



Der Kreisverband Tübingen und der Landesverband Baden-Württemberg feiern in diesem Jahr ihr 40-jähriges Bestehen. Das erste Grüne Grundsatzprogramm wurde ein Jahr später von der neuen Bundespartei veröffentlicht.

Das 47-Seiten umfassende erste Grüne Grundsatzprogramm nannte sich Bundesprogramm. Darin wurden unter anderem erstmals die vier Grundsätze der Partei genannt: ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Die im Programm formulierten Probleme, Perspektiven und Lösungsansätze erlangten in den Folgejahrzehnten allgemeine Bedeutung für die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Es folgten weitere Grundsatzprogramme in den Jahren 1993 und 2002.

Neue Zeiten - neue Antworten

In einem parteiübergreifenden Programmprozess wird derzeit ein neues Grünes Grundsatzprogramm erarbeitet, das zum 40. Gründungstag der Grünen Partei auf einem Bundesparteitag im Jahr 2020 verabschiedet werden soll. Warum machen wir das? Weil wir auf die drängenden Fragen unserer Zeit neue Antworten geben müssen: Die Klimakrise hat sich beschleunigt und damit noch mehr verschärft, die Digitalisierung, Automatisierung und die Globalisierung fordern uns heraus. Wir Grünen übernehmen Verantwortung, in dem wir unsere Demokratie und unsere Verfassung verteidigen und uns für ein starkes Europa einsetzen. Im Herbst diesen

Jahres wird ein erster Entwurf des neuen Grundsatzprogramms als „Zwischenbericht“ vom Bundesvorstand vorliegen.

Workshoptag in Tübingen

Auch im Kreisverband Tübingen wird der Programmprozess aktiv begleitet. Rund 70 Mitglieder und Interessierte diskutierten Anfang Dezember 2018 in sechs Workshops die Frage, wie unsere Gesellschaft in zehn oder zwanzig Jahren aussehen soll und was uns dabei wichtig ist. Unterstützt wurde die Veranstaltung von Expert*innen aus Wissenschaft und Politik, die ihr Wissen einbringen konnten und bei denen wir uns sehr herzlich dafür bedanken. „Diese Veranstaltung und dieses Format finde ich richtig gut“, sagte einer der Impulsgeber.

Politisch gestalten

Wir Grünen sind Programm-Partei und wollen politisch gestalten vor allem in Zeiten, in denen der demokratische Diskurs in Gefahr gerät. „Wir müssen die Zukunft politisch gestalten und nicht nur moderieren“, betonte Oliver Hildebrand, der als Landesvorsitzender am Workshoptag teilnahm. Im Kreisverband werden wir den Programmprozess weiter aktiv mit Veranstaltungen begleiten. Denn es ist Zeit, sich einzumischen!

Amazon in Tübingen - geht das?

Tübingen gehört mit dem Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme (MPI) zu den wichtigsten Standorten für Forschung zur Künstlichen Intelligenz (KI). Durch die geplante Ansiedlung der Firma Amazon im Cyber Valley Tübingen-Stuttgart ist eine kontroverse Debatte entbrannt.

von Christoph Joachim

„Amazon Ante Portas“ lautete ein Artikel unserer Fraktion, veröffentlicht im Tagblatt am 27.12.2017. Dort verlangten wir eine transparente, offene Diskussion bevor Entscheidungen fallen. Dies ist, so müssen wir heute feststellen, nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Denn dass sich in Tübingen berechtigter Widerstand gegen die Ansiedlung einer Firma wie Amazon formiert, war abzusehen. Der Gemeinderat hat inzwischen mit Mehrheit dafür gestimmt, dass Amazon bis Herbst 2019 eine Option auf ein Grundstück erhält. In unserer Fraktion haben 4 dagegen gestimmt, 5 dafür und 2 haben sich enthalten. Ich kann die gesamte Bandbreite unseres Abstimmungsverhaltens gut verstehen.

Sternstunde des Gemeinderats

Die Zeit bis zum Herbst wird jetzt genutzt, um zu klären, wie und zu welchem Zweck im Cyber Valley geforscht wird - und wozu bitte nicht - und was mit den Forschungsergebnissen passiert. Solange sowohl das MPI, die Mitwirkenden am Cyber Valley als auch Amazon ein gemeinsames Interesse daran haben, dass die Stadt ein Grundstück zur Nutzung durch den Konzern verkauft, nimmt sich der Gemeinderat auf unsere Initiative hin die Freiheit und stellt Forderungen, die zugegebenermaßen nicht im direkten Zusammenhang mit einem Grundstücksverkauf stehen, der Stadtgesellschaft aber auf den Nägeln brennen. Politisch ist das legitim. Das beschlossene Vorgehen ist, wie ich meine, durchaus eine Sternstunde des Gemeinderats. Die Fraktion AL/Grüne hat einen Antrag initiiert, der in einer gemeinsamen interfraktionellen Erklärung mündete: „Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen begrüßt die Absicht der Universität und des Max-Planck-Instituts für intelligente Systeme, im Dialog mit der Zivilgesellschaft und weiteren Akteuren aus dem Bereich der Ethik, ein ethisches Leitbild zu entwickeln. Er nimmt zur Kenntnis, dass hierzu bereits Gespräche zwischen Universität, MPI und dem Land sowie den weiteren Cyber Valley-Partnern geführt werden. Ziel muss eine überprüfbare Selbstverpflichtung sein,

woran und mit welchem Ziel im Cyber Valley geforscht wird und woran nicht.“



Ethik-Codex

Jetzt ist bis zum vorgesehenen Verkauf des Grundstücks im Herbst 2019 ausreichend Zeit, damit unter Einbeziehung unserer in Tübingen besonders gut ausgeprägten Ethik-Wissenschaften ein Ethik-Codex für die KI-Forschung und den Cyber Valley-Verbund entwickelt werden kann. Durch inzwischen anberaumte Termine und öffentliche Erklärungen haben wir in der AL/Grüne-Fraktion den Eindruck gewonnen, dass man bei den Protagonisten jetzt „den Schuss gehört“ hat, nicht zuletzt durch die Besetzung eines Hörsaals im Kupferbau im vergangenen Dezember. Sollte bis zum Herbst nichts Konkretes vorliegen, werden wir voraussichtlich mehrheitlich die Ablehnung des Grundstücksverkaufs zur Nutzung durch Amazon vorschlagen.

Positive Wirkung möglich

Ethikfachleute des Weltethos-Instituts und ein Dozent des Instituts für Ethik in den Wissenschaften an der Universität Tübingen machten uns bei gemeinsamen Sitzungen der Fraktion und des Kreisverbandes Mut, dass von Tübingen eine positive Wirkung auf das Gebaren von Konzernen wie Amazon ausgehen könnte. Inzwischen haben wir gute Rückmeldungen dazu, es wird mit großem Ernst daran gearbeitet: Die Tübinger Ethik-Wissenschaft entwickelt eine Dialogplattform in enger Abstimmung mit der Landesregierung und den Beteiligten an der KI-Forschung im Cyber Valley. Transparenz und Überprüfbarkeit ethischer Grundsätze sind das Ziel. Bei Google sei dies in Ansätzen

gelingen. Man kann also etwas bewirken, auch gegenüber multinational aufgestellten Konzernen.

Chancen nutzen

Die Fraktion AL/Grüne sieht die Notwendigkeit einer eigenen, europäischen KI-Forschung. Maschinelles Lernen wird von Menschen programmiert und muss sich an ethische Grundregeln halten. Die Chancen, mittels KI bessere Möglichkeiten zur Bewältigung drängender Probleme der Menschheit zu finden, sollte nicht allein der US-amerikanischen oder chinesischen Forschung überlassen werden. Es geht um Themen wie individualisierte Medizin, effizientere Nutzung von Ressourcen, verbesserte Sicherheit bei der Steuerung von Fahrzeugen und vieles mehr. Und wir stehen beim Umbau von vielen Arbeitsplätzen vor großen Herausforderungen, die unser Zusammenleben und die Demokratie gefährden könnten.

Große Player wie Google oder Amazon seien wichtig für die Forschungsstandorte, um Spitzenforscher*innen ein attraktives Umfeld zu bieten, sagen Tübinger Wissenschaftler. Andererseits werden diese Firmen zurecht für ihre fragwürdigen Geschäftspraktiken und schlechten Arbeitsbedingungen massiv kritisiert.

Wegweisende Impulse

Wir hoffen, daß von Tübingen in dieser Ethikdebatte wegweisende Impulse ausgehen, die über den Tag hinaus ihre Wirkungen entfalten und die Menschen vor den negativen Begleiterscheinungen der KI schützen helfen. Die Sensibilisierung für das Thema ist bereits gelungen. Und die Lehre daraus ist: Nur mit absoluter Transparenz lassen sich solche Projekte aufs Gleis bringen. Wir sind uns dessen bewusst und schätzen den konstruktiven Dialog in Tübingen mit einer interessierten Stadtgesellschaft.



Christoph Joachim ist Vorsitzender der Tübinger Gemeinderatsfraktion von AL/Grüne.

Luftreinhaltung statt Fahrverbote

Eine Klarstellung zur Haltung der Grünen Landtagsfraktion zu den Themen Luftreinhaltung, Diesel und Fahrverbote ist wichtig - auch deshalb, weil dieser Themenkomplex einen heiklen Punkt in der Grün-Schwarzen Koalition berührt.

von Daniel Lede Abal

Um es gleich vorneweg zu sagen: Wir wollen weitere Fahrverbote vermeiden! Denn Fahrverbote haben erhebliche rechtliche, soziale, und wirtschaftliche Folgen. Wir können die Konsequenzen gar nicht abschätzen. Hinzu kommt der durchaus nachvollziehbare Ärger der Menschen, die von Fahrverboten betroffen sind. Klar ist aber auch: Wenn wir Fahrverbote vermeiden wollen, gibt es nur einen Weg dorthin: Die Grenzwerte müssen eingehalten werden.



Seit 1. Januar 2019 ist das Stadtgebiet Stuttgart für auswärtige Fahrzeuge der Abgasnorm „Euro 4“ gesperrt. Ab 1. April greift das Verbot auch für die Einwohner*innen der Stadt Stuttgart. Die Luft wird bereits messbar besser. Beim Feinstaub wurden die Grenzwerte im Jahr 2018 erstmals eingehalten, und zwar an allen Messstationen. Bei den Stickoxiden waren es im Jahr 2018

immerhin sechs von achtzehn Stationen, an denen die Grenzwerte eingehalten werden konnten. Auch an einigen anderen Messstationen gab es deutlich bessere Ergebnisse. Somit ist dokumentiert, dass die Schadstoffbelastung in den letzten Jahren in Stuttgart deutlich gesunken ist. Es greift also, was zur Luftreinhaltung bereits unternommen wird. Und es wird noch besser, wenn weitere, bereits beschlossene Maßnahmen umgesetzt werden.

Weitere Schritte beschlossen

Wir haben uns in der Grün-Schwarzen Koalition auf weitere Schritte geeinigt. In Stuttgart und auch in anderen betroffenen Städten werden weitere Messstellen eingerichtet. So wollen wir umfassende, aussagekräftige Daten über die Schadstoffbelastung sammeln. Wir richten eine Arbeitsgruppe ein, in der Fachleute aus mehreren Ministerien zusammenarbeiten. Sie sollen gemeinsam klären, wo die neuen Messstellen platziert werden. Außerdem entscheiden diese Experten, wo welche ergänzenden Maßnahmen umgesetzt werden können, beispielsweise Busspuren. Wir probieren neue Ideen und Vorschläge aus. Dazu gehören große Stickstoffdioxid-Luftfilter, die Schadstoffe absaugen, oder

auch fotokatalytische Lärmschutzwände und Straßenoberflächen. Solche Lösungen sollen an besonders neuralgischen Punkten eingesetzt werden, wie etwa am Stuttgarter Neckartor, natürlich immer vorausgesetzt, dass diese Technologien keine anderen gesundheitsschädlichen Auswirkungen haben.

Unsere Ziele

Wir wollen, dass die Luft sauberer wird. Die Messergebnisse in Stuttgart sind ermutigend. Denn sie zeigen, dass die Veränderungen wirken. Wir müssen diesen Weg weiter gehen. Wer Fahrverbote vermeiden will, muss sich darum kümmern, dass die Grenzwerte eingehalten werden. Das tun wir gemeinsam in der Landesregierung. Wir machen weiter Druck, damit ältere Fahrzeug nachgerüstet werden können und auf diesem Weg die Grenzwerte einhalten. Die Menschen und Nachrüsterunternehmen warten darauf, dass das Bundesverkehrsministerium die Hersteller in die Pflicht nimmt. Wir wollen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ab "Euro 5" vermeiden.



Daniel Lede Abal ist stellv. Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag und Präsidiumsmitglied.

Bitte Diskussion reinhalten

von Wolfgang Raiser

Da hat aber einer ordentlich Feinstaub aufgewirbelt. Seit zwei Jahren polemisiert Professor Dieter Köhler, seines Zeichens ehemaliger Chefarzt an der Uniklinik Marburg, gegen Feinstaubwerte und das Dieselfahrverbot. Nach vielen Publikationen hat er jetzt maximale mediale Aufmerksamkeit in den Medien und Talkshows bekommen, nachdem 113 Lungenärzte (dabei auch ein Motorenentwickler!) seinen Aufruf unterschrieben haben. Köhler hat zu diesem Thema nie geforscht oder Studien veröffentlicht. Von den Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin haben den Aufruf auch nur ganze drei Prozent unterzeichnet. In der Schweiz wird diese deutsche Diskussion nur mit

Kopfschütteln begleitet. Professor Nino Künzli, stellvertretender Direktor des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts (Swiss TPH) und langjähriger Forscher zu Luftschadstoffen, bezeichnete die Kritik des deutschen Lungenarztes als komplett unfundiert. "Dieter Köhler ist zu epidemiologischen Forschungsmethoden so gut ausgebildet wie ich in Quantenphysik – nämlich gar nicht", sagte Künzli in der Basler Zeitung. Auch die Österreichische Lungenfachgesellschaft lehnt das Positionspapier ab. Dass Köhlers Berechnungen über die Feinstaubbelastung von Zigarettenrauchen als fehlerhaft und um den Faktor 200 bis 1000 falsch liegen, sei hier nur am Rande erwähnt. Wie in der Medizin oft üblich, wird auf sogenannte

Experten als Meinungsbildner Bezug genommen. Als Mediziner lernt man deshalb, deren öffentliche Äußerungen kritisch zu werten und nachzufragen, wessen Interessen sie vertreten. Geradezu nachlässig ging die Gesellschaft für Pneumologie mit diesem Thema um. Obwohl sie 3800 Lungenfachärzt*innen repräsentiert und die niedrigen Feinstaubwerte unterstützt, kamen ihre Äußerungen sehr spät und sehr leise. Umso lauter war dafür Verkehrsminister Scheuer. Er sprach von Willkür und falschen Daten. Da führt die CSU seit Jahren ein Ministerium und sie bezeichnen ihre eigenen Vorschriften als Willkür. Da kann man doch nur den Kopf schütteln. Wie die Schweizer.

Neue Gesichter im Kreisverband

Stadtverbandsvorstand wieder vollzählig

Nachdem der Vorstand des Stadtverbands Tübingen einige Zeit in Unterbesetzung arbeiten musste, konnten auf der letzten Mitgliederversammlung wieder alle Ämter besetzt werden: Zu den bisherigen Vorständen Verena Schmidt, Wolfgang Haag-Glonnegger und Frithjof Rittberger sind Josefine Füger und Rainer Drake neu in den Vorstand gewählt worden. Wir wünschen den neuen und alten Stadtvorständen gutes Gelingen bei ihrer Arbeit!

Arbeit des Kreisvorstands im Wahljahr

Bei der Jahreshauptversammlung des Kreisverbands im Juni 2018 wurden vier neue und vier „alte“ Mitglieder in den Kreisvorstand gewählt: Susanne Floss, Petra Wenzel, Simon Hauenstein und Felix Wolfgang bilden zusammen mit Kalliopi Giannadaki, Linda Hanselmann, Simon Baur und Christian Zander (Kassierer) den Kreisvorstand für die nächsten zwei Jahre. Angesichts der bevorstehenden Wahlen im Mai diesen Jahres, gestaltet sich das erste Jahr der Amtszeit des Vorstands als sehr arbeitsintensiv, denn der Kreisvorstand ist

unter anderem für den Europa-Wahlkampf zuständig. Mitglieder und Interessierte sind jederzeit herzlich willkommen, bei den verschiedenen Aktionen rund um den Wahlkampf mitzumachen.

Wechsel in der Kreisgeschäftsstelle

Unsere langjährige Kreisgeschäftsführerin Vicky Koutsoumaraki hat sich entschlossen, neue berufliche Wege zu gehen. Wir bedauern das sehr und bedanken uns herzlich bei ihr für ihre sehr gute, immer verlässliche und sehr engagierte Arbeit in der Geschäftsstelle unseres Kreisverbands. Auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand und allen Gremien bedanken wir uns bei ihr. An dieser Stelle geht auch noch ein Dankeschön an xxxxx xxxxxxxx, die Vicky während ihrer Elternzeit in der Kreisgeschäftsstelle vertreten hat und nun das Büro der Grünen Gemeinderatsfraktion Tübingen leitet. Wir freuen uns, dass Katharina Matheis ab 1. März als neue Geschäftsführerin des Kreisverbands für uns tätig sein wird. Wir heißen sie herzlich willkommen und wünschen ihr viel Erfolg und einen guten Start!

Die Rückkehr des Wolfs nach Baden-Württemberg

von Petra Wenzel

In der Diskussion um die Rückkehr des Wolfes spielen Emotionen, Missverständnisse und Falschinformationen leider eine viel zu große Rolle. Die extremen Argumente auf beiden Seiten führen zu Ängsten, Blockaden und falschen Handlungen. Eines ist aber sicher, der Wolf gehört zur biologischen Vielfalt unseres Landes und 70 Prozent der Deutschen



wünschen sich den Wolf zurück. Denn der Wolf ist heimisch in Deutschland. Er ist weder gebietsfremd noch invasiv. Der Wolf wurde nicht angesiedelt sondern verbreitet sich natürlich und wandert aus anderen Regionen ein. Er stellt eine Bereicherung der heimischen Fauna und Flora dar, bietet wirtschaftlichen und ökologischen Mehr-

wert und steht unter Naturschutz. Fast ausgerottet hat er sich langsam wieder vermehrt. Ungefähr 100 Wolfsrudel leben mittlerweile wieder in Deutschland. Im Wissen darum, dass wir Verantwortung für den Wolf haben, aber auch für die Weidetierhaltung, benötigen wir ein gutes Wolfsmanagement. Aufklärung, Information und schnelle Hilfe für Weidetierhalter*innen sind hier das Wichtigste. Kosten für Elektrozäune, Herdenschutz-hunde und für die extra anfallenden Arbeitszeiten müssen für den Herdenschutz bereitgestellt werden. Mit einem sogenannten Monitoring wird der Wolf überwacht und beobachtet. Somit entsteht eine Win-Win-Situation für Natur, Wolf und Weidetierhaltung. Wir Grüne verstehen uns als Interessenvertreter*innen für Natur- und Tier-schutz und möchten den begonnenen sachlichen Dialog weiterführen. Denn die Weidetierhaltung und der Erhalt des Lebensraums für Wölfe in unserem Land schließen sich nicht aus.

Infos zur Resolution in der Rubrik Presse/Berichte auf www.gruene-kreis-calw.de

Termine

08. März
Frauentag in Tübingen
Holzmarkt-Spektakel

27. März
Franziska Brantner (MdB)
in Rottenburg

10. April
Kreismitglieder-
versammlung (KMV)

29. April
Winne Hermann
(Verkehrsminister)
in Tübingen

30. April
Frühlingsempfang
in Rottenburg

29. April
Winne Hermann
(Verkehrsminister BW)
in Tübingen

10. Mai
Town Hall in Tübingen mit
Cem Özdemir (MdB)

26. Mai
Kommunal+Europa-
wahlen

21./22. September
Landesdelegierten-
konferenz (LDK)
in Sindelfingen

Schau auf unserer Homepage
und Facebookseite vorbei:
www.gruene-tuebingen.de
facebook.com/gruenetuebingen

Kreisrundbrief Redaktion:
Linda Hanselmann (Kreisvorstand)
Wolfgang Raiser

Layout: Linda Hanselmann

Bildnachweise:
Grüne Tübingen
Pixabay:
artificial-intelligence-2167835 (geralt)
traffic-113843 (realworkhard)
wolf-3585218 (christels)

Impressum
Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisvorstand Tübingen
Poststraße 2-4
72072 Tübingen
Tel.: 07071 / 51496
kreisvorstand@gruene-tuebingen.de
www.gruene-tuebingen.de
© 2019